

«EU-Beitritt kommt nicht in Frage»

Economiesuisse-Präsident

Gerold Bühler glaubt, dass die Schweiz mit dem Ja zur Personenfreizügigkeit bessere Karten in Bezug auf Investitionsentscheide hat.

VON ADRIAN SCHUMACHER

Wie beurteilen Sie mit einem Tag Abstand das Abstimmungsergebnis zur Personenfreizügigkeit?

Gerold Bühler: Ich bin natürlich sehr, sehr erfreut, dass wir nun zum fünften Mal ein Ja zum bilateralen Weg erreichen konnten. Persönlich bin ich sehr überrascht, dass das Ergebnis trotz der schlechten Wirtschaftslage noch deutlich besser ausgefallen ist als vor dreieinhalb Jahren, als wir über die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf die zehn EU-Mitgliedstaaten in Ostmitteleuropa abgestimmt haben.

Welche Faktoren haben den Ausgang der Abstimmung letztlich entschieden?

Bühler: Zum einen haben die Stimmentenden gesehen, dass sich der bilaterale Weg für die Schweiz wirtschaftlich auszahlt hat. Zum anderen ist das Bewusstsein vorhanden, dass jeder zweite Franken in der EU verdient wird und der offene Marktzugang nach Europa entscheidend ist. Schliesslich hat auch eine Rolle gespielt, dass die Schweiz im Falle eines Neins bei weiteren Verhandlungen als Bittstellerin nach Brüssel hätte reisen müssen.

Die Abstimmungskampagne der Economiesuisse wurde im Vorfeld von den Befürwortern als zu brav kritisiert. Würden Sie die gleiche Strategie nochmals verfolgen?

Bühler: Ich bin mit unserem Abstimmungskampf und der Arbeit unserer Kampagnenmannschaft sehr zufrieden. Wir haben schon im vergangenen Sommer nach der Schlussabstimmung im Parlament mit der Kampagne begonnen und in einem zweiten Schritt auf das Sujet mit den Bäumen zurückgegriffen. Zum Schluss haben wir bewusst einen



Economiesuisse-Präsident Gerold Bühler zeigt sich vom klaren Ja zur Personenfreizügigkeit persönlich überrascht.

Archivbild

akzentuierten Abstimmungskampf geführt, bei dem wir auch auf die Argumente der Gegner eingegangen sind.

War dies eine Reaktion auf die Kritik?

Bühler: Nein. Das war von Anfang an so geplant.

Hat das Ja einen Einfluss auf die Wirtschaftslage in der Schweiz?

Bühler: Der Rezession kann sich das Land auf die Schnelle nicht entziehen.

Was bedeutet das konkret?

Bühler: Trotz der bilateralen Verträge und des starken wirtschaftlichen Fundaments wird die Schweiz die Rezession in den nächsten Monaten deutlich

zu spüren bekommen. Die Kurzarbeit und die Zahl der Arbeitslosen werden auch bei uns noch zunehmen. Die weltweite Konjunktur ist ein zu dominierendes Element, als dass es aufgewogen werden könnte durch noch so gute Beziehungen zur Europäischen Union – zumal sich diese gegenwärtig noch stärker im Abwärtstrend befindet als die Schweiz. Was das Ja indes bewirkt, ist die Tatsache, dass die Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz gegenüber ihrem wichtigsten Handels- und Investitionspartner berechenbar bleibt. Dies sollte zumindest helfen, Investitionsentscheide zugunsten des Standorts Schweiz positiv zu beeinflussen.

Haben Schweizer Unternehmen Entlassungen aufgeschoben, um den Ausgang der Abstimmung nicht negativ zu beeinflussen?

Bühler: Bezüglich Kurzarbeit und Entlassungen kann sich kein Unternehmer beliebig an einem Datum vorbeimogeln. Jene Firmen, die Kurzarbeit beantragen oder Personal entlassen müssen, fällen ihre Entscheidungen primär nach unternehmerischen Kriterien. Auch dass das Seco (Staatssekretariat für Wirtschaft, d. Red.) die schlechten Arbeitslosenzahlen für den Januar am Freitag vor der Abstimmung publiziert hat, war schon lange so vorgesehen.

Was halten Sie von der Ankündigung der SVP, die noch am Sonntagabend gesagt hat, dass man eine Initiative zur Einschränkung der Personenfreizügigkeit prüfen wolle?

Bühler: Das ist für mich die Reaktion eines schlechten Verlierers. Man muss schauen, was aus der Ankündigung wird.

Wie stellt sich die Economiesuisse zum Ziel der SP und der Grünen, eine Debatte zum EU-Beitritt führen zu wollen?

Bühler: Die Position der Economiesuisse ist seit Jahren klar, und sie bleibt es auch. Wir wollen den bilateralen Weg. Wir sind der Überzeugung, dass für die Schweiz weder ein EU-Beitritt noch ein Abseitsstehen in Frage kommt. Wir wollen die Kräfte nun darauf konzentrieren, die bestehenden Abkommen im Landesinteresse umzusetzen und neue Verträge – hier stehen der Agrarfreihandel und der Strombereich im Vordergrund – abzuschliessen.

Wie wird sich die Economiesuisse in die weiteren Verhandlungen mit der EU einbringen?

Bühler: Wir verfügen über ein System an internen Kommissionen und Expertengruppen, die sich in der Schweiz und in Brüssel mit den Dossiers auseinandersetzen. Ferner stehen wir in Kontakt mit den zuständigen Departementen und – soweit es das Agrarfreihandelsabkommen betrifft – auch mit dem Bauernverband. Auch befasst sich eine Arbeitsgruppe seit längerem mit dem Steuerstreit. Uns wird die Arbeit an der bilateralen Front so schnell nicht ausgehen.